

Ministerratsprotokoll Nr. 83
vom 11. Mai 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. Mayr, Vizekanzler Breisky sowie die Bundesminister Dr. Ramek, Dr. Paltauf, Dr. Grimm, Haueis, Heinl, Vaugoin und Dr. Grünberger.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. Mayr

Dauer: 16.00 – 17.00

Reinschrift (4 ½ Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, zweifaches Stenogramm mit Übertragung, kein Beschlussprotokoll

Inhalt:

1. Gesetzentwurf, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung über den Anschluß an das Deutsche Reich.
2. Verfügung der Salzburger Landesregierung, betreffend eine Änderung im Mischungsverhältnisse des Brotmehles.
3. Note der Interalliierten Kontrollkommission, betreffend die Stände der Gendarmerie, Polizei und der Wehrmacht.
4. Projekt der Gemeinde Wien auf Einführung einer Wertumsatzsteuer für Luxusartikel.
5. Gesetzesbeschluß des Gemeinderates der Stadt Wien als Landtages, betreffend die Erhöhung der Gemeindeabgabe für öffentliche Fürsorgezwecke im Gebiete der Stadt Wien.

1.

Gesetzentwurf, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung über den Anschluß an das Deutsche Reich.

Der V o r s i t z e n d e führt aus, daß bei den Verhandlungen der christlichsozialen Partei mit der großdeutschen Partei gelegentlich der kürzlich erfolgten Umbildung des Kabinetts

auch eine Verständigung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Dinghofer und Genossen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes zur Durchführung einer Volksbefragung über den Anschluß an das Deutsche Reich zustande gekommen sei. Dabei habe sich die christlichsoziale Partei bereit erklärt, im Nationalrat für eine Fassung des Gesetzentwurfes zu stimmen, welche als Tag der Volksbefragung den letzten Sonntag des heurigen Oktober festsetzte. In den Verhältnissen, unter denen die christlichsoziale Partei diese Verpflichtung einging, seien jedoch seither gewichtige Veränderungen eingetreten. Zunächst nähere sich die Kredithilfe des Völkerbundes ihrem entscheidenden Stadium und es wäre eine bedenkliche Gefährdung der Aktion, wenn gerade jetzt der Anschlußgedanke in den Vordergrund geschoben würde. Ferner liegen die ernstesten Vorstellungen der Ententemächte wegen der bevorstehenden Volksabstimmungen in Salzburg und Steiermark vor, die ankündigen, daß die Vornahme dieser Abstimmungen, ebenso aber auch ein Beschluß des Nationalrates über die Durchführung einer Volksbefragung nicht nur mit dem Abbruch der Kreditverhandlungen und der Einstellung aller weiteren Hilfsaktionen, sondern auch mit Strafsanktionen, vor allem einer teilweisen Besetzung österreichischen Gebietes beantwortet würden. Tatsächlich ziehen nach den eingelaufenen Nachrichten die Jugoslawen bereits Truppen zusammen, um sich im Falle weiterer Länderabstimmungen der südlichen Teile von Kärnten und Steiermark zu bemächtigen. Ebenso sei es Ungarn gelungen, durch den Hinweis auf die Anschlußpropaganda von Frankreich einen Aufschub in der Ratifikation des Friedensvertrages von Trianon zu erreichen; dadurch erscheine die Gewinnung des Burgenlandes für Österreich in Frage gestellt, umsomehr als Ungarn die Zeit dazu ausnütze, einen immer stärker werdenden militärischen Widerstand gegen die Abtretung dieses Gebietes zu organisieren.

In Anbetracht dessen habe sich die christlichsoziale Partei genötigt gesehen, ihre Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Volksbefragung einer Überprüfung zu unterziehen. Redner sei dabei die Frage vorgelegt worden, ob er als Regierungschef in dem Gesetzentwurf eine Gefahr für die Gestaltung der Beziehungen zum Auslande erblicke und insbesondere ob an der Bestimmung eines fixen Termins für die Durchführung der Volksbefragung ein Anstoß zu nehmen sei. Redner habe diese Frage dahin beantwortet, daß er hoffe, Unstimmigkeiten mit den Ententemächten wegen des Gesetzesbeschlusses an sich vermeiden zu können, daß er sich aber gegen die Aufnahme eines bestimmten Termins in das Gesetz aussprechen müsse. Infolge dieser Erklärung habe sich die christlichsoziale Partei der Auffassung der sozialdemokratischen Partei angeschlossen, die dahin gehe, die Festsetzung des Tages, an dem die Volksbefragung stattfinden solle, einem späteren Beschlusse des

Nationalrates vorzubehalten. In diesem Sinne sei nun der Gesetzentwurf in der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses mit den Stimmen der christlichsozialen und der sozialdemokratischen Mitglieder gegen die Stimmen der großdeutschen Mitglieder verabschiedet worden.

Die christlichsoziale Partei leite aus diesem Abstimmungsergebnis keinerlei Konsequenzen für ihr Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei ab und fasse insbesondere keine neue Mehrheitsbildung mit dieser ins Auge. Für das Kabinett aber ergeben sich daraus trotzdem Rückwirkungen, weil es seinerzeit mit den Stimmen der großdeutschen Partei gewählt worden sei und jetzt nicht mehr auf deren Unterstützung zählen könne. Da Redner seinerzeit auch als Kabinettschef die Abmachungen der christlichsozialen Partei mit der großdeutschen Partei über den Gesetzentwurf bekräftigt habe und nunmehr auf seinen durch den Zwang der Verhältnisse bedingten Einspruch hin von der Bestimmung eines fixen Termins abgesehen worden sei, halte er sich für verpflichtet, wenigstens für seine Person der großdeutschen Partei die Demission anzubieten. Er erbitte hiezu die Genehmigung des Ministerrates.

Die B.-M. H e i n l, Dr. R a m e k und V a u g o i n schließen sich dem Vorsitzenden in seiner Haltung gegenüber dem Gesetzentwurfe wie auch in der Beurteilung der Folgerungen, die sich daraus im Verhältnis zur großdeutschen Partei ergeben, an. Das Demissionsanbot dürfe aber nicht auf die Person des Bundeskanzlers beschränkt bleiben, sondern müsse sich auf alle parlamentarischen Mitglieder des Kabinetts erstrecken. Bei dieser Gelegenheit sollte jedoch der großdeutschen Partei mitgeteilt werden, die Demission habe ihren Grund nicht bloß darin, daß die Regierung an der Zusage für das Gesetz über die Volksbefragung aus objektiven Gründen nicht festzuhalten vermochte, sondern sei ebensosehr auch dadurch veranlaßt, daß die Regierung die Bedrohung der außenpolitischen Lage und der Kreditverhandlungen durch die bevorstehenden Volksabstimmungen in Salzburg und Steiermark nicht weiter verantworten könne. Die großdeutsche Partei wäre daher einzuladen, gemeinsam mit der christlichsozialen und der sozialdemokratischen Partei ihren Einfluß auf die beiden Länder geltend zu machen, daß die geplanten Abstimmungen unterbleiben.

B.-M. Dr. G r ü n b e r g e r gibt namens der nichtpolitischen Kabinettsmitglieder die Erklärung ab, daß auch diese den Standpunkt des Vorsitzenden teilen und sich dem Demissionsanbot anschließen.

Der V o r s i t z e n d e stellt als einmütige Willensmeinung des Ministerrates fest, daß der großdeutschen Partei die Gesamtdemission des Kabinetts anzubieten sei, falls diese nicht erkläre, aus der Abstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend die Volksbefragung, keine Konsequenzen für ihr künftiges Verhalten zur Regierung ziehen zu wollen.

2.

Verfügung der Salzburger Landesregierung, betreffend eine Änderung im Mischungsverhältnisse des Brotmehles.

B.-M. Dr. G r ü n b e r g e r macht dem Ministerrate die Mitteilung, daß es den Vertretern des Bundesministeriums für Volksernährung gelungen sei, in der Frage einer Änderung im Mischungsverhältnisse des Brotmehles in Salzburg mit allen beteiligten Faktoren zu einem vollständigen Einverständnis zu kommen. Darnach solle entsprechend dem hartnäckigen Verlangen der Salzburger Bevölkerung der Maiszusatz aus der Brotmehlmischung gänzlich beseitigt und durch Edelmehl ersetzt werden, das seinerseits im Tauschwege gegen den bisher zur Broterzeugung verwendeten Mais der Verschleißmehlquote entnommen werde. Die politischen Parteien hätten protokollarisch erklärt, durch diese Regelung, die keinerlei Steigerung der staatlichen Zuschüsse bedinge, zufriedengestellt zu sein. Die Angelegenheit könne damit als bereinigt angesehen werden.

Der Ministerrat nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis.

3.

Note der Interalliierten Kontrollkommission, betreffend die Stände der Gendarmerie, Polizei und der Wehrmacht.

B.-M. Dr. R a m e k nimmt darauf Bezug, daß der Ministerrat in seiner Sitzung vom 10. Mai d. J. beschlossen habe, die Note der Interalliierten Kontrollkommission vom 6. Mai l. J., betreffend die Anrechnung des Überschusses an Gendarmerie und Polizei auf den Stand der Wehrmacht zum Gegenstand von Verhandlungen mit den politischen Parteien zu machen. Redner halte derartige Verhandlungen im gegenwärtigen Augenblick nicht für opportun. Dagegen scheine ihm ein Ausweg in der Weise möglich, der Entente den Abbau der Gendarmerie und Polizei bis auf die Stärke des Jahres 1913 in dem Verhältnisse in Aussicht zu stellen, als sich der Stand der Wehrmacht über den gegenwärtigen Stand heben sollte. Der infolge einer solchen Verbindung etwa notwendig werdende Abbau der Sicherheitswachkörper könnte dann durch die Umwandlung der Stadtschutzwache in eine Gewölbe- und Nachtwache bewerkstelligt werden, was allerdings zur Voraussetzung hätte, daß die Finanzverwaltung von ihrer Forderung nach Übernahme der Kosten einer solchen Wache durch die Hausbesitzer und Geschäftsinhaber abgehe.

Im Falle der Zustimmung des Ministerrates würde der sprechende Minister eine Antwortnote an die Interalliierte Kommission formulieren und dem Bundeskanzler zur

Genehmigung vorlegen.

B.-M. V a u g o i n erklärt sich mit dem Vorschlage des Bundesministers für Inneres und Unterricht unter dem ausdrücklichen Vorbehalte einverstanden, daß die Herstellung eines Zusammenhanges im Zahlenverhältnisse der Wehrmacht auf der einen und der Gendarmerie und der Polizei auf der anderen Seite keine Einstellung oder auch nur Einschränkung der Werbungen für die Wehrmacht im Gefolge haben dürfe.

Nachdem noch Vizekanzler B r e i s k y die Möglichkeit einer Trennung des Verwaltungsapparates für Gendarmerie und Polizei vom exekutiven Sicherheitsdienste besprochen hatte, stimmt der Ministerrat unter dem vom B.-M. V a u g o i n geltend gemachten Vorbehalte der Beantwortung der Note in dem vom B.-M. Dr. R a m e k gekennzeichneten Sinne zu.

4.

Projekt der Gemeinde Wien auf Einführung einer Wertumsatzsteuer für Luxusartikel.

B.-M. Dr. G r i m m erwähnt, daß in einem Artikel der heutigen „Arbeiterzeitung“ über die von der Gemeinde Wien beabsichtigte Wertumsatzsteuer auf Luxusartikel die Angabe enthalten sei, das Bundesministerium für Finanzen habe bereits seine grundsätzliche Genehmigung zur Einhebung einer Luxusabgabe in der Höhe von 20 Prozent erteilt. Redner lege Gewicht darauf, im Ministerrate ausdrücklich festzustellen, daß diese Angabe nicht den Tatsachen entspreche und das Finanzministerium zum Steuersatze überhaupt noch nicht Stellung genommen habe.

Die einzige Äußerung, die bei den Vorverhandlungen von Seite des Vertreters des Finanzministeriums über die Höhe des Steuersatzes gefallen sei, habe sich darauf bezogen, daß ein Steuersatz von 20 Prozent unbedingt als zu hoch bezeichnet werden müsse, da sich auch die Tschechoslowakei mit einem Satze von nur 15 Prozent begnüge. Der sprechende Minister habe den Verfasser des Artikels um die Berichtigung der dort gegebenen Darstellung ersucht und beabsichtige, falls diesem Ersuchen nicht Rechnung getragen werden sollte, durch ein amtliches Communiqué die Öffentlichkeit über den tatsächlichen Sachverhalt aufzuklären.

Der Ministerrat nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis.

5.

Gesetzesbeschluß des Gemeinderates der Stadt Wien als Landtages, betreffend die Erhöhung der Gemeindeabgabe für öffentliche Fürsorgezwecke im Gebiete der Stadt Wien.

B.-M. Dr. R a m e k gibt bekannt, daß ihn die Bedenken, die in der Sitzung des

Ministerrates vom 10. Mai l. J. gegen den Gesetzesbeschluß des Wiener Gemeinderates als Landtages vom 11. März d. J., betreffend die Erhöhung der Fürsorgeabgabe geltend gemacht wurden, dazu bewogen haben, gegen den Gesetzesbeschluß auf telegraphischem Wege Einsprache zu erheben. Gleichzeitig habe er sich in einem Schreiben an den Bürgermeister von Wien bereit erklärt, die Angelegenheit mit Vertretern der Gemeinde Wien unter Zuziehung von Vertretern der Bundesministerien für Finanzen, für soziale Verwaltung sowie für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten zu verhandeln. Redner erbitte für die Erhebung des Einspruches die nachträgliche Genehmigung des Ministerrates und ersuche die beteiligten Ministerien um Entsendung von Vertretern zu der Besprechung mit der Gemeinde Wien.

Der Ministerrat erteilt die erbetene nachträgliche Genehmigung.

[MRP 83, 11. Mai 1921, Stenogramm Groß]

83., 11. Mai '21. 4 Uhr nachmittag.

Mayr, Breisky, Grimm, Paltauf, Vaugoin, Heintl, Haueis, Ramek.

[1.]

Mayr: Ich habe nur eine kurze Mitteilung zu machen über die Vorgänge im Verfassungsausschuß über den Antrag Dinghofers über [eine] Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich. Bekanntlich haben die Großdeutschen und die Christlichsozialen vor drei Wochen, bevor die Regierung gebildet wurde - die Umbildung erfolgte, beschlossen, diesen Gesetzentwurf wie er eingebracht ist, passieren zu lassen.

Nun steht in diesem Gesetzentwurf, der jetzt im Verfassungsausschuß in Verhandlung ist, auch ein Zeitermin: Abgestimmt soll werden am letzten Sonntag im Oktober von allen Bundesbürgern über den Anschluß an das Deutsche Reich. Die Christlichsozialen haben damals dem zugestimmt. Nun ist seither die Situation dadurch anders geworden, als die Tiroler Abstimmung, wenn sie die Entente auch hat passieren lassen, doch die Empfindungen rege gemacht hat, [so] daß Österreich von allen Seiten beobachtet wird.

Eine Folge dieser Abstimmungsplänkeleien ist, daß Westungarn gefährdet ist, weil die Ungarn die Lage in Österreich ausnützen und in Frankreich sagen, wenn Österreich sich an Deutschland anschließt, wird man ihm nicht auch noch das Burgenland geben. Damit haben sie in Frankreich soviel erreicht, daß die Tr.[ianon]vertrag-Ratifikation zurückgestellt wurde. Die Dinge in Westungarn entwickeln sich für uns sehr ungünstig, Sigray und Léhar organisieren den Widerstand gegen Österreich schon jetzt. Das ist eine Folge der Anschlußpropaganda.

Wir wissen durch dip[lomatische] Berichte und Augenzeugen, daß die Südslaven an der Ecke Kärntens mobilisiert haben, um wenn irgendwo eine Abstimmung ist, sich das Klagenfurter Becken zu holen. Ermuntert werden sie durch die Vorgänge in Oberschlesien.

Kurzum, diese politische Lage schädigt uns sehr und inzwischen sind ja auch offizielle Berichte unserer Gesandten gekommen, welche besagen, daß man in Paris, London und Rom eine Abstimmung im Nationalrat, das Beschließen [einer] Volksabstimmung oder weiterer Länderabstimmungen als Bruch des St. G[ermain]-Vertrages betrachtet und nicht mehr verträgt. Das ist zwar ein übermäßige Empfindlichkeit, denn eine Abstimmung über den Anschluß ist noch kein Anschluß, aber mit dem Stärkeren kann man über Auffassungen nicht streiten.

Nun sind vor allem sehr drohend die Anschlußabstimmung in Salzburg und der Steiermark. Die Salzburger lassen sich trotz aller Vorstellungen nicht halten und wollen unbedingt abstimmen. Es wird noch von allen Seiten eingewirkt werden, aber die Sache ist, wenn die Anschlußpropaganda nicht aufhört, politisch sehr gefährlich und wirtschaftlich bedrohlich wegen der Kreditaktion.

Die Kreditaktion aus auf gutem Weg. Ich habe gestern abend von Lefevre gehört, was von Lindley und Bian[ccheri] bestätigt worden [ist]: Sie sind mit der Haltung der Regierung, besonders der Erklärung über die Länderabstimmungen sehr zufrieden. Avenol hat dem französischen Gesandten gesendet, er habe Nachrichten, daß die Kreditaktion sehr gut stehe. Lef[evre] ist überzeugt, daß es gut ausgehen wird.

Angesichts dieser Lage und der Verfolgung der Kreditaktion hat sich die Situation für die Beratung des Gesetzes wesentlich gegenüber der vor drei Wochen geändert. Wenn die Christlichsozialen damals versprochen haben, auch für den Abstimmungstermin zustimmen, so ist es jetzt [dadurch] anders geworden, daß die

Drohungen neuerdings in ernstester Weise von Seite der Entente aufgetaucht sind. Und diese beziehen sich auf die Abstimmung überhaupt, aber einen Abstimmungstermin in dem Augenblick einer Kreditaktion ist doch etwas ein starkes Stück.

Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir Bedenken gegen die Festhaltung des Termins. Um die Situation für die Regierung doch etwas zu festigen, hätten wir noch darüber hinwegsehen können, den Termin festzulegen in der Voraussetzung, daß die Entente gegen das Gesetz [ein] Veto erhebt und es aufgehoben werden muß vom Nationalrat. Aber die Sozialdemokraten haben im Verfassungsausschuß eine sehr vernünftige Stellung eingenommen und gesagt, es ist ein Unsinn, einen solchen Termin festzulegen. [Sie sagen], sie sind [in] der Opposition, sie werden sich nicht darum kümmern, wie sich die ~~Christlich~~-Regierungsparteien schädigen. Wenn die Christlichsozialen dafür stimmen, werden sie auch dafür sein, aber das Ganze ist ein Unsinn. Nur wenn die Christlichsozialen für die Beseitigung des Termins sind und etwa erklären, ein fixer Termin für die Abstimmung wird nicht festgelegt, sondern es bleibt dem Nationalrat vorbehalten, durch Gesetzesbeschluß einen geeigneten Termin festzusetzen, stimmen sie dafür.

Mit Rücksicht auf diese Haltung der Sozialdemokraten und da ich [dem christlichsozialen Klub] erklären mußte, ob eine unmittelbare Gefahr droht aus dem Gesetz, [habe ich gesagt, das] kann ich nicht sagen, ich kann aber die Lage auch nicht für gefahrlos anzuschauen. Dann wurde ich [vom Klub] gezwungen, [zu erklären], ob ich wünsche, daß der Termin beseitigt wird. Um sicher zu gehen, habe ich gestern erklärt, daß [ich dafür bin, daß] kein Termin in das Gesetz kommt, sondern [dieser] durch [einen] Nationalratsbeschluß festzusetzen ist. Die Christlichsozialen haben [darauf] beschlossen, gegen den Termin Ende Oktober zu stimmen. Im Ausschuß ist diese Frage [dann] nachmittag so beschlossen worden - gegen die Stimmen der Großdeutschen - daß kein Termin ins Gesetz aufzunehmen ist, sondern der Nationalrat durch Gesetzesbeschluß den Termin seinerzeit feststellen wird.

Gegenüber dem Haus bedeutet dieser Beschluß für die Regierung eine Erleichterung der Situation, aber gegenüber der großdeutschen Partei [bringt er] eine unangenehme Verschärfung der Lage. Die großdeutsche Partei hat die ~~christlichsoziale~~ - Regierung mitgewählt, die christlichsoziale [Partei] hat ursprünglich den Termin zugesagt und ist jetzt infolge der zwischenweilig eingetretenen Ereignisse wortbrüchig geworden. Die christlichsoziale Partei erklärte, sie wolle absolut nicht wortbrüchig sein, sondern nur infolge der neu drohenden Ereignisse habe sie ihre Meinung ändern müssen und wenn auch sich eine neue Mehrheit bei der Abstimmung gezeigt hat, so erklärt die Christlichsoziale Partei, nicht an eine Mehrheitsbildung mit den Soz[ialdemokraten] zu denken und keine Konsequenzen zu ziehen.

Für die Regierung ist es etwas anders. Die Regierung ist von den Großdeutschen mitgewählt und hat den Großdeutschen die Durchbringung des Gesetzes zugesagt. Ich habe erklärt, es ist für die Regierung nicht wünschenswert, einen Oktobertermin aufzunehmen, die Regierung muß [daher] jetzt Stellung nehmen. Wenn wir keine neue Mehrheit mit den Soz[ialdemokraten] bilden wollen, so muß ich den Großdeutschen die Demission anbieten, weil sie infolgedessen, daß wir das Versprechen nicht eingehalten haben, nicht [mehr] verpflichtet sind, uns zu unterstützen.

Es wird noch verhandelt, ob nicht Dr. Frank das Referat beibehält und die Großdeutschen freiwillig erklären, sie wünschen keine Demission, die Regierung braucht gegenüber den Großdeutschen keine Konsequenzen zu ziehen. Sie werden das wahrscheinlich beschließen, daß die Regierung ihretwegen nicht zu demissionieren hätte.

Ich war verpflichtet, den Ministerrat auf die Situation aufmerksam zu machen und würde bitten, daß wenigstens ich den Großdeutschen gegenüber die Demission anbieten kann, in dem Moment, wo die Sache aktuell wird.

Heinl: Ich fasse das als Gesamtdemission des Kabinetts auf. Wir müssen solidarisch vorgehen. [Ich] stelle den Antrag, daß wir die Gesamtdemission den Großdeutschen anbieten.

Über den Fall möchte ich erwähnen, daß in meinem Ressort ein Fall vorgekommen ist, wo großer Schaden durch die Abstimmung in Tirol entstanden ist: Die Sitzverlegung der Donaukommission nach Wien ist wieder fraglich geworden. Daraus ergeben - [ergibt] sich in der Aufeinanderfolge [der Ereignisse] eine schwere Schädigung. Wir müssen auch durch die Presse diese Dinge stärker lancieren lassen.

Ramek: Ich unterstütze den Antrag Heinls und zwar was meine Person anlangt, aus zwei Gründen: Erstens muß ich [mich] als Christlichsozialer solidarisch erklären mit dem Vorsitzenden und dann, weil speziell das [Ministerium des] Inneren und [das Ministerium für] Heerwesen besetzt wurden aufgrund des Kompromisses. Auch wenn das Kabinett nicht einhellig wäre, würde sich für alle Christlichsozialen dieselbe Haltung ergeben wie für den Kanzler, besonders für [die Minister für] Inneres und Heer[wesen].

Wir demissionieren heute und die großdeutsche Partei - sie finden keinen Grund dazu, daß die Regierung wegen der Abstimmung zurücktritt. Dann ist die ganze Geschichte noch nicht vorüber. Denn es kommen noch immer die Länderabstimmungen. Sollte man nicht den Anlaß benützen, um der großdeutschen Partei nicht bloß zu erklären, daß die Demission den Grund hat, daß die Regierung das Versprechen, das [sie] der großdeutschen Partei gegeben hat, aus objektiven Gründen rebus sic stan[tibus] nicht einhalten konnte, sondern als Grund noch angefügt werden die bevorstehenden Abstimmungen in den Ländern, besonders in Salzburg, wo die Großdeutschen die Führung haben. Vielleicht werden die Großdeutschen [dann] die Frage soweit bereinigen wollen, daß sie ihre Landesparteileitungen auffordern, von den Abstimmungen abzustehen. Ob es eine Wirkung haben wird, weiß ich nicht. Denn die Länder gehen sehr selbständig vor.

Mayr: Bezüglich der zweiten Frage steht es so: Wir haben durch die vorgestrige Erklärung angekündigt, wir müßten aus weiteren Länderabstimmungen Folgerungen ziehen. Solange das Faktum der Abstimmung nicht vorliegt, können wir wohl nicht demissionieren.

Grimm: Ich bitte um Aufklärung, warum die Großdeutschen auf den Oktobertermin so[lchen] Wert legen?

Mayr: Es ist nur [ein] Prinzip. Sie sagen, sie müssen den Gesetzentwurf durchbringen, sonst halten die Parteigenossen nicht aus.

Grimm: Wird das auf die künftige Haltung der Großdeutschen der Regierung gegenüber, [auf] die bürgerliche Einheitsfront einen Einfluß üben?

Mayr: Wenn wir nicht demissionieren, dann haben sie bei jeder Gelegenheit die Möglichkeit, uns nicht zu unterstützen. Wenn sie auf die Demission verzichten, dann ist das alte Verhältnis hergestellt.

Dann ist es für eine Regierung nicht angenehm, wegen der Länderabstimmungen demissionieren zu müssen. Angedroht haben wir es. Ich weiß nicht, ob es klug war, aber ich bedauere es nicht.

Es handelt sich darum, ob der Ministerrat überhaupt den Anlaß billigt, meine Erklärung, daß die Regierung keinen Termin für Oktober brauchen kann?

Vaugoin: Ich halte überhaupt jedes Abstimmungsgesetz im Augenblick für gefährlich. Ich bin aber nicht ausschlaggebend, das muß [das Ministerium für] Äußeres beurteilen. Ich ersehe aus dem heutigen Telegramm, daß die Franzosen gerade eine allgemeine

Abstimmung [für] bedenklicher halten als die eines Landes. Sie würden aus einem Abstimmungsgesetz weitere Konsequenzen ziehen. Darüber bin ich [aber] nicht orientiert.

Aber ich meine, es wäre notwendig, daß ich mit Ramek solidarisch bin. Wir kommen in erster Linie in Betracht, aber es kommt das ganze Kabinett in Betracht. Wenn es nicht gelingt, das Gesetz zu verhindern, müßte doch den Großdeutschen, die in einer gewissen Sehnsucht auf die Demission warten, um zu sagen, daß sie keine Konsequenzen ziehen - es müßte den Großdeutschen und den Sozialdemokraten gesagt werden, daß alle drei Parteien zusammengehen müssen, um ihren Einfluß bei den Ländern dahin geltend zu machen, daß die Länderabstimmungen unterbleiben. Die Nachrichten aus Salzburg besagen, die Christlichsozialen wollen den Landtagsbeschuß reassumieren, wenn es die beiden anderen tun. Die Sozial[demokraten] sagen dasselbe, die Großdeutschen wollen nichts davon wissen. Das ist das - [die] Zwangslage [...] und die Agitation im Land ist nicht auszuhalten. Die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten geben damit den Großdeutschen ein Podestal für eine Agitation gegen sie.

Auf das wäre schon großes Gewicht zu legen, daß solche Verhandlungen ehestens von den drei Parteien in Wien mit Salzburg eingeleitet werden, um die Abstimmung in Salzburg zu verhindern.

Das steirische Beginnen ist ganz absurd. Wenn die Entente [...] durch Sanktionen eintreibt, dann würde die Steiermark besetzt werden.

Ich bin mit dem Kanzler solidarisch. Wenn aber die Sache so kommt, daß die Großdeutschen verzichten, [sollte] man doch mit den Soz[ialdemokraten] und den Großdeutschen sich klar werden, alles daran zu setzen, um in Salzburg eine Abstimmung zu verhindern.

Es darf nichts geschehen, was die Kreditaktion schädigen kann. Scheitert sie, dann ist freie Hand gegeben.

Mayr: Das heutige Telegramm aus Paris: In Paris ist man zufrieden, daß die früher angedrohte Demission vermieden wurde, man hat Vertrauen zur Regierung und wünscht ihr Verbleiben. Man müsse [aber] aufmerksam machen, daß man weitere Abstimmungen [und] auch Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates nicht vertragen könne.

Nun müssen wir aber nicht auf jeden Wink folgen und das Risiko nehme ich schon auf mich. Die Sache läßt sich nicht zurück schieben [und] die Entente hat noch immer keine Hilfe gebracht. Die Volksbewegung kann die Regierung nicht aufhalten. Wenn Hilfe da ist, verschwindet der Anschlußrummel von selbst.

Sie sagen, ein solches Abstimmungsgesetz kann nicht geduldet werden. Ich habe mit den Gesandten gesprochen, daß ich das nicht so kommandieren kann dem Parlament und ich habe die Überzeugung, daß wie bei Tirol [sich] aus dieser Sache noch keine Schädigung der Finanzaktion sich ergeben wird. Allerdings hätte ich das Bedenken, wenn wir dem Termin zugestimmt hätten. Der Termin wäre das Gefährliche. Deshalb habe ich keine solche Angst vor den Drohungen. Gestern abend haben die drei Gesandten ihre größte Befriedigung ausgedrückt über die Erklärung von vorgestern über die Länderabstimmungen und gemeint, die Regierung soll nicht demissionieren.

Wenn die Sache von den Großdeutschen selbst in der Weise repariert wird, daß sie erklären, keine Demission zu wünschen, dann ist das alte Verhältnis hergestellt und wir können bleiben. Aber aus Ehrenhaftigkeit müssen wir die Demission anbieten. Auf der anderen Seite ist selbstverständlich, daß man tut, was möglich ist, um die Länderabstimmungen zu verhindern. Ich habe die Regierungserklärung von vorgestern an alle Landesregierungen mit einer ersten Mahnung hinausgegeben, damit sie gegen solche Abstimmungen einwirken. Die Sozialdemokraten und die

Großdeutschen haben [eine] Haussitzung - [Klubssitzung], um ihre Anhänger in Salzburg zu bewegen, von der Abstimmung abzusehen. Nach Salzburg habe ich die Mitteilung telegraphisch hinausgegeben, damit sie den Ernst der Lage sehen.

Richtig ist, daß man in der Presse arbeiten muß und es als N.[onsens] hinstellt, [zu versuchen], auf der einen Seite Kredite zu erreichen und auf der anderen Seite den Anschluß.

Ich habe alles mögliche versucht, um auf die Länder einzuwirken. Ich habe Rehrl gesagt, dann habe die Regierung zurück[zurück]treten. Was dann geschieht, wenn wir keine Kredite bekommen, verantworten die Länder.

Die Steirer halten sich ganz an die Salzburger.

Breisky: Wirkt das Moment Westungarn nicht auf die Großdeutschen? Wenn man ihnen vorstellt, daß [man] damit die Vergrößerung der Ostmark um das deutsche Westungarn vereitelt? Das müßte doch einen Eindruck machen auf die Großdeutschen.

Mayr: Das wirkt nicht.

Grünberger: Als nicht-politisches Mitglied glaube ich, daß wir beschließen [sollen], daß der gesamte Ministerrat mit dem Kanzler nicht nur in der Hauptfrage, sondern auch [in der] entwickelten Richtlinie solidarisch vorgeht und alle [dem Vorgehen], wie der Kanzler es entwickelt hat, beipflichten und auch von den nicht-politischen Ministern dieselbe Meinung vertreten wird, was den Termin im Gesetz und die Verhinderung der Länderabstimmungen wegen der Kreditaktion [anlangt].

Mayr: Ich bin sehr dankbar, daß das Kabinett vollständig einig ist. Ich erbitte die Ermächtigung, wenn es notwendig ist, den Großdeutschen die Demission anzubieten. Wenn sie es nicht annehmen, brauche ich den Ministerrat -.

2.

Grünberger: Meinen Herren ist es gelungen, eine ideale Lösung zu finden. Es ist alles beruhigt und die Herren haben ein Protokoll unterschreiben lassen von allen Parteien, demnach die Sache bereinigt ist und kein Geld kostet. Die Herren haben darauf bestanden, daß sie keinen Mais ins Brot bekommen. Man ist auf die Idee verfallen, den Mais wegzunehmen, aber als Verschleißmehl zu geben. Darauf haben sie sich einverstanden erklärt.

3.

Ramek: Beantwortung der Note.

Die Note der Kontrollkommission an den Kanzler vom 6. /5. auf - unsere [in Erwiderung auf jene Note] hier beschlossene Note mit der Anfrage über den Termin ist beantwortet worden und hat wie ich sagte, eine wesentliche Erleichterung gebracht. Die Überwachungskommission begnügt sich mit einer Erklärung folgenden Inhalts: "Doch haben sie die Wahl ... Hand liegt.["]

In den früheren Notenwechseln haben wir ihnen diese Stellungnahme vorgeschlagen, sie sind aber erst jetzt darauf eingegangen. V.[augoin] erklärte, daß ihm diese Note unannehmbar erscheint aus politischen Rücksichten. Ich halte diesen Einwand für gerechtfertigt.

Der Ministerrat hat beschlossen, der Kanzler soll [eine] Obmännerkonferenz einberufen und mit den Parteien verhandeln. Ich halte die Verhandlung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht [für] opportun. Ich glaube, daß die Sozialdemokraten dieser prinzipiellen Erklärung zustimmen, aber dann eine Agitation entfalten [würden], um die Auffüllung der Wehrmacht zu erzwingen und auch [diese]

tatsächlich durchsetzen [würden], indem sie ihre Parteigenossen animieren, sich anwerben zu lassen. Dann müßten wir unter dem Druck der Verhältnisse Gendarmerie und Polizei abbauen. Das können wir heute nicht. Wenn aber eine künstliche Agitation nicht durchgeführt wird, so bin ich überzeugt, daß die Wehrmacht in ihrer Zahl trotz der halbjährig durchzuführenden Werbung im Mai und Oktober, im Oktober 22.000 Mann nicht überschreiten wird, [daß sie] vielleicht sogar geringer ist.

Ich glaube, praktisch wird es nicht so bald dazu kommen, daß man Gendarmerie und Polizei wegen der Stände der Wehrmacht abbauen muß, weil die Wehrmacht abbröckelt und die Werbungen nicht den erforderlichen Ersatz bringen. Um aber die Stellungnahme des Ministeriums für Heerwesen und der ganzen Regierung den Sozialdemokraten gegenüber im Parlament nicht in ein schiefes Licht zu bringen, bin ich von meinem Standpunkt einverstanden, weil keine politische Wirkungen eintreten werden, daß wir an dem Wehrgesetz nicht rühren [und] daß V[augoin] keine Verpflichtung übernimmt, die Werbung einzustellen oder einzuschränken. Er hat normal vorzugehen [und] ich übernehme für mein Ressort, Gendarmerie und Polizei, die Verpflichtung, daß ich dann, wenn sich die Wehrmacht erhöhen sollte, dann Gendarmerie und Polizei abbaue.

Ich habe ein ?Reservoir. Es wird möglich sein, die Stadtschutzwache umzuwandeln in eine Gewölbewache. Der Plan ist bereits gefaßt, das Finanzministerium hat aber nur beigestimmt, wenn die Hausbesitzer selbst die Wache bezahlen. Sollte der Fall eintreten, daß die Werbung so viele neue Soldaten ergibt, daß dadurch ein fühlbarer Abbau der Gendarmerie und Polizei nötig ist, so wird in diesem Moment an die Sozialdemokraten herantreten und dann wird es sich [...] lassen.

Wenn der Ministerrat einverstanden ist, würde ich eine Note formulieren und dem Kanzler vorlegen, daß ich es umgekehrt aufbaue, daß die Regierung die Verpflichtung auf sich nimmt, wenn durch die Werbung der jetzige Stand der Wehrmacht erhöht wird, die Regierung sich verpflichtet, Gendarmerie und Polizei abzubauen.

Vaugoin: Ich kann von [m]einem Standpunkt als Heeresminister gegen jede Einschränkung der Wehrmacht mein Veto einlegen. Mit dem Vorschlag Rameks bin ich einverstanden. Ich habe die größte Sorge, ob ich nicht meine ganze Wehrmacht mit der Zeit verliere. Es treten 3-4 ein, 40-80 täglich gehen weg.

Das müßte aber festgehalten werden, daß mir politisch kein Vorwurf gemacht werden kann, daß festgestellt wird, ich habe den Standpunkt vertreten, die Note möge beantwortet werden wie immer, eine Einschränkung der Bewerbung darf dadurch nicht erfolgen. Sonst bin ich einverstanden. Ich habe meinen Standpunkt schriftlich [den Ministerien für] Äußeres und Inneres bekannt gegeben.

Etwas anderes ist es, wenn durch die Kredite Arbeitslosigkeit eintreten sollte. Dann weiß ich nicht, ob nicht viele sich anwerben lassen. Vorderhand wird eine Budgetüberschreitung bei mir nicht vorkommen, denn ich habe lange nicht 26.500. In einem Jahr werde ich vielleicht die Hälfte haben.

Breisky: An und für sich hätte ich Bedenken gegen den Vorschlag Rameks, wenn ich mir vorstellen würde, daß sich praktisch der Abbau von Polizei und Gendarmerie ergeben würde. Ich kann mich [damit] nur befreunden in der Annahme, daß es nicht praktisch wird. Die Wehrmacht baut sich selbsttätig ab und ich habe die Hoffnung, daß man einen Weg wird machen können, der auch in der Wehrmacht gemacht wurde. Man hat eine weitgehende Troßorganisation geschaffen und [die Leute] dort in der Personalorganisation, Troß- und Verwaltungsorganisation untergebracht. Das würde sich auch bei der Gendarmerie und Polizei ermöglichen lassen, [daß man] die Personalstände scheinbar herabsetzt, aber Verwaltungskörper schafft und dort die Leute unterbringt.

Mayr: Es ist keine Einwendung gegen diesen Vorgang. Die ausdrückliche Verwahrung

V[augoins] wird im Protokoll vermerkt und damit ist der Gegenstand erledigt.

4.

Grimm: In der "Arbeiter-Zeitung" ist ein Artikel über die Luxusabgabe mit einer Bemerkung, daß das Finanzministerium einer Abgabe von 20 % zugestimmt habe. Ich werde versuchen, den Breitner zu einem Widerruf oder einer Aufklärung [zu] veranlassen. Sonst [werde ich] ein Kommuniqué einrücken lassen, daß wir weder einer 15 noch einer 20 %[igen] Abgabe zugestimmt haben. In den Vorverhandlungen wurde erwähnt, daß der Referent des Finanzministeriums 20 % als zu hoch bezeichnet hat, daß auch die Tschechoslovakei nur 15 % habe. Eine Stellungnahme des Finanzministeriums ist noch nicht erfolgt.

5.

Ramek: Heute ist der letzte Tag für [einen] Einspruch. Ich habe telegraphisch Einspruch angemeldet und Reumann geschrieben, daß ich bereit bin, mit der Gemeinde Wien als Landtag zu verhandeln und Breitner eingeladen. Dienstag wird [eine] Besprechung sein, [die Ministerien für] Finanzen, Soziales [und] Handel sollen Referenten schicken, mein Referent wird eine Vorbesprechung stattfinden [lassen].

Grimm: Die Gemeinde hat 200 M[illionen] Kronen als Ertrag angegeben.